



## Angst vor Trumps Niederlage

Schlechte Aussichten für die Konsequenzen der US-Wahl sieht Volker Feuerstein

Deutschland hat Angst vor dem Ergebnis der Wahlen in den USA. Zu Recht. Aber viele sehen die Situation noch gelassen und erwarten was kommt, aus einer merkwürdigen Distanz, gespannt wie auf einen Science-Fiction-Film. Die eigene Rolle im möglichen Drama blenden sie dabei aus.

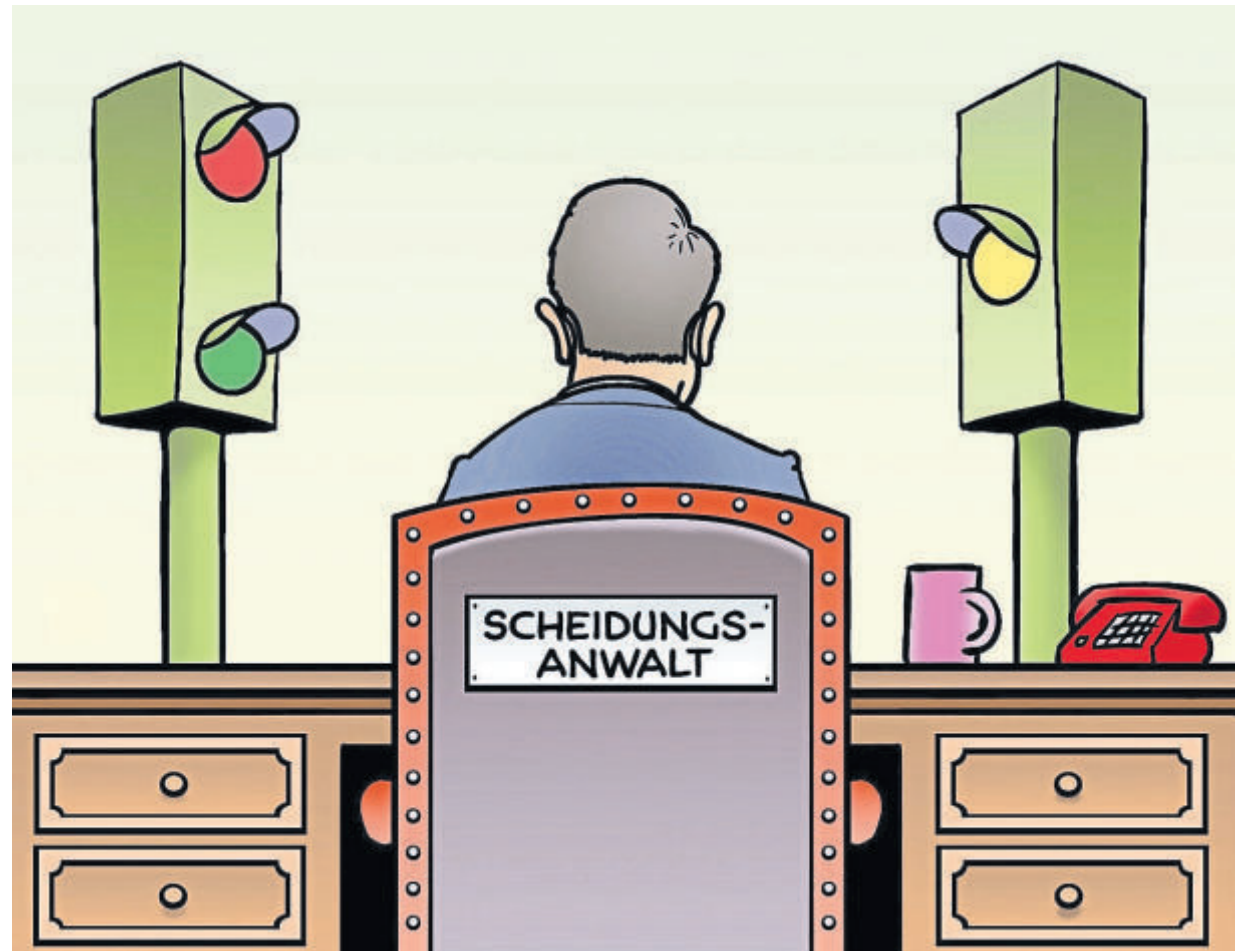
Pessimisten dagegen sehen bei einer Trump-Niederlage die Realisierung des aktuellen Films „Civil War“ von Alex Garland voraus, in dem die USA in einem brutalen Bürgerkrieg versinken. Garland hat in dem spannenden Streifen auf einen Bezug zu Demokraten und Republikanern verzichtet, wenn gleich Zuschauer unwillkürlich an eine mögliche Situation nach den US-Wahlen denken müssen.

Und wenn der amerikanische Schriftsteller Jonathan Franzen – intimer Kenner der aktuellen Situation in den USA – einen Harris-Sieg mehr fürchtet als einen Sieg Trumps, dann gibt das zu denken. Franzen ist alles andere als ein Anhänger Trumps, aber er ahnt, dass die Gewaltretorik, mit der der Ex-Präsident bereits 2020 seine Anhänger zum Sturm aufs US-Kapitol brachte, sich dann im ganzen Land auswirken könnte. Das würde zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen und Gewaltaktionen

führen. Vorbereitet hat Trump das alles für den Fall der Niederlage, von der er bereits jetzt behauptet, sie könne nur ein Ergebnis von Wahlbetrug sein.

Aber auch ein Sieg dieses Mannes dürfte katastrophale Konsequenzen für die USA, Europa und die Welt haben, gäbe er doch einem Psychopathen die Macht, der durchblicken lässt, dass er einer Diktatur nicht abgeneigt ist. Putin bewundert er. Medien sind für ihn „Feinde des Volkes“, das Militär will er gegen „Feinde im Inneren“ einsetzen, zu denen seine Kritiker gehören. Die Nato geht ihm am Allerwertesten vorbei. Was da auf Europa und die Ukraine zukommen kann, lässt auch Realisten gruseln, könnte doch die Schutzmacht USA ausfallen. Aus Bundeskanzler Scholz' „Zeitenwende“ würde die neue Weltordnung Trumps. Welche Rolle da seinem und Putins politischen Lieblingsfeind, Deutschland, zukommt, ist wohl eher wenig erfreulich.

Es ist schwer zu glauben, aber vielleicht kommt alles ganz anders und die Wächter der US-Demokratie, Polizei und Militär, verhindern das Chaos von wütenden Trump-Fans. Und der verrückte Golfspieler ohne Skrupel bleibt als Präsident oder als Verlierer politisch auf dem Boden, der sich bewährt hat. Ein frommer Wunsch.



Karikatur: Harm Bengen

## „Es sind Angriffe auf den Staat“

Alexander Glunz

über die gestiegene Gewalt gegenüber Einsatzkräften. Er sagt, solche Taten müssen gesellschaftsübergreifend geächtet werden.

Nazi, „scheiß Bulle“, „Rassist“, „Hurensohn“ und „Arschloch“ sind nur einige der Beleidigungen, die sich Polizeibeamte jeden Tag anhören müssen. Aber es geht leider noch viel schlimmer, Gleichgültigkeit, Hass und pure Gewalt schlägt den Polizistinnen und Polizisten immer mehr auch bei Alltagssituationen entgegen. Allein die Anzahl der Widerstandshandlungen beziehungsweise der Straftaten gegen die öffentliche Ordnung haben in Osthessen im Vergleich zum letzten Jahr um circa sechs Prozent zugenommen.

Um die Vergangenheit zu bemühen, so kann sich die ältere Generation noch an die Schutzleute in grüner Uniform erinnern. Damals waren die Beamten mit einer Dienstwaffe und ggf. einem Gummiknüppel als Einsatzmittel ausgestattet. Heute kommen unsere Schutzleute mit Schutzwesten, einem Teleskopschlagstock, Pfefferspray, Bodycam und ggf. Teaser (DIEG) in den Einsatz.

Das hat einen Grund. Die Gewaltbereitschaft ist gestiegen und als erstes bekommen es die zu spüren, die an vorderster Front sich mit den Gewalttätern auseinandersetzen müssen. Das ist nun einmal die Polizei. Wenn wir so weitermachen wie bisher, dann wird dieser Umstand immer mehr in



Alexander Glunz (48) ist Landesgeschäftsführer der Deutschen Polizeigewerkschaft Hessen.

unser gesellschaftliches Leben eintauchen und Angst und Schrecken verbreiten.

Wollen wir das? Wollen wir Weihnachtsmärkte hinter Stacheldraht und Panzersperren, wollen wir dem mündigen Bürger vorschreiben, dass er weder Taschenmesser noch Nagelpfeile mit in die Innenstadt nehmen darf, wollen wir bei jedem Volksfest Angst haben, gleich einem Anschlag zum Opfer zu fallen?

Wenn nicht, dann muss jetzt umgesteuert werden. In diesem Land kann jeder in maximaler Freiheit leben und sich entfalten. Das ist sein Recht! Aber wer Rechte in Anspruch nehmen will, muss auch Pflichten erfüllen. Die Pflicht, ein positiver und produktiver Teil der Gesellschaft und des Gemeinwohls zu sein, steht da an erster Stelle.

Aber nicht weniger auch die Pflicht, sich an Recht und Gesetz zu halten – egal, ob die Gesetze einem nun passen oder nicht.

Diese Pflichterfüllung muss gesellschaftlich wieder anerkannt und gewürdigt beziehungsweise im negativen Fall sanktioniert und missbilligt werden. Wir als Gesellschaft müssen die Gewalt, die unsere Einsatzkräfte erfahren, gesellschaftsübergreifend ächten. Denn jeder Angriff auf Einsatzkräfte ist ein Angriff auf den Staat, ein Angriff auf uns alle.

Aber nicht zuletzt auch der Gesetzgeber und somit die Politik müssen Farbe bekennen. Untersuchungen haben ergeben, dass rechtswidriges Verhalten immer dann besonders zu Tage tritt, wenn das Entdeckungsrisiko gering scheint. Deshalb brauchen wir mehr Polizeipräsenz auf der Straße, deshalb muss die Missachtung des Rotlichtes auch als Fußgänger wieder geahndet werden. Denn nur wenn der Bürger sieht, rechtswidriges Verhalten hat negative Konsequenzen, wird jeder Einzelne sich auch selber an die Rechtsvorgaben halten.

Aber Sicherheit kostet auch Geld. Und selbst mit noch so viel Digitalisierung und künstlicher Intelligenz kann die Polizei auf der Straße nicht ersetzt werden. Hier muss dringend nachgesteuert werden.

## Lindner muss jetzt handeln

Torsten Henke  
zur Ampel-Koalition

Immer wieder wird in diesen Tagen die Parallele gezogen: 1982. Otto Graf Lambsdorff. „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ So war das Papier des damaligen Wirtschaftsministers überschrieben. Damals wechselte die FDP von der SPD zur Union und machte es sich 15 weitere Jahre auf der Regierungsbank bequem.

FDP-Chef Christian Lindner, hat nun auch ein Wirtschaftspapier geschrieben, doch Lambsdorffs Optionen hat er nicht. Er ist gefangen in einer für seine Partei zerstörerischen Koalition. Die Ampel-Partner sind nicht bereit, ihm entgegenzukommen. Zwar gibt es große Schnittmengen zur Union, doch es reicht nicht für Schwarz-Gelb. Verlassen die Liberalen also die Koalition, dürfte es Neuwahlen geben – und sie könnten als jene dastehen, die Selbstmord aus Angst vor dem Tod begangen haben.

## Ein schmaler Grat

Marcus Sauer  
zum Antisemitismus

Knapp 13 Monate ist der barbarische Terroranschlag der Hamas auf Israel her, der den Krieg im Nahen Osten ausgelöst und den Konflikt auch nach Deutschland getragen hat. Viele Äußerungen sind zu hören, bei denen es sich um unverblümten Hass auf Juden handelt.

Ein guter Grund also, dass das Parlament des Landes, das den Holocaust erdacht, organisiert und umgesetzt hat, in einer Resolution Judenhass benennt und ächtet und klarmacht, dass jüdisches Leben in der Bundesrepublik gewollt ist und unter Schutz steht. Die Resolution ist zu begrüßen. Dennoch gibt es Kritik an dem Entwurf und der Art und Weise, wie er unter Ausschluss der Zivilgesellschaft zustande gekommen ist. Das zeigt: Es ist ein schmaler Grat zwischen Antisemitismus und legitimer Kritik an Israel. Wo endet die Meinungsfreiheit? Diese Frage kann auch die Resolution nicht abschließend beantworten.

## FRAGE DES TAGES

### Sollte es so schnell wie möglich Neuwahlen geben?

Mit einem Grundsatzpapier zur Wirtschaftspolitik verschärft Finanzminister Christian Lindner die Krise in der Ampel-Koalition.

Ja

58,7 %

Nein

41,3 %

Insgesamt 1895 Teilnehmer  
(Auflösung der Frage vom Wochenende, Ergebnis nicht repräsentativ)

Die TED-Telefonnummern für die aktuelle Umfrage von Seite 1 lauten:  
für Ja: 01379 79 00 81, für Nein: 01379 79 00 82

Ihr Anruf wird bis heute, 18 Uhr, gezählt. Das Ergebnis der Umfrage erscheint in der nächsten Ausgabe. Ein Anruf aus dem Festnetz kostet 50 Cent. Mobilfunkpreise können abweichen.

## PRESSESTIMMEN

### Neue Zürcher Zeitung

#### Richtige Prioritäten

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert die Militärhilfe Nordkoreas für Russland:

Mit jedem Kriegstag im fernen Europa sammelt die nordkoreanische Armee wertvolle Kampferfahrung für einen möglichen Konflikt auf der koreanischen Halbinsel. (...) Südkorea hat daher ein eminentes Interesse, dieses Experiment zu beenden und einen substanzialen Beitrag zur Verteidigung der Ukraine zu leisten. Mit der Lieferung von Flugabwehrsystemen, Panzern, Mehrfachraketenwerfern oder Kampfflugzeugen würde Seoul unter Beweis stellen, dass es die Prioritäten richtig setzt.

### کیهان

#### Botschaft schließen

„Keyhan“ (Teheran), Zeitung der Hardliner, meint nach der Hinrichtung Djamshid Sharmahds zu Deutschland:

Die deutsche Regierung hat viele Feindseligkeiten gegen unser Volk gehegt (...). In diesen Tagen, angesichts der brutalen Verbrechen des zionistischen Regimes (Israel) und der aufwühlenden anti-zionistischen Emotionen der Weltbevölkerung, ist die beste und geeignetste Gelegenheit für die Schließung der deutschen Botschaft im Iran gekommen. Es bleibt zu hoffen, dass die ehrenwerten Verantwortlichen unseres Landes diese goldene Gelegenheit nicht verpassen.

### deVolkskrant

#### Zu spät gewarnt

Zu den folgenschweren Unwettern in Spanien meint die niederländische Zeitung „de Volkskrant“ (Amsterdam):

Die Zahl der Todesfälle durch Unwetter ist nach Angaben der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen, weil Wettervorhersagen immer genauer werden. Berichte aus Spanien zeigen allerdings, dass im Hinblick auf Notfallwarnungen einiges schiefgelaufen ist. Informationen von Meteorologen wurden nicht ernst genommen, und Bewohner erhielten viel zu spät Warnungen (...) auf ihre Mobiltelefone.